



Presseschau vom 07.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Wladimir Moshegow: **Russlands Rivalen haben keine Chance**

Der NATO-Gipfel in Madrid wurde von den globalen Medien als ein wahrhaft epochales Ereignis dargestellt. Dermaßen epochal, dass der spanische Außenminister José Manuel Albares dieses Ereignis sogar mit der Konferenz von Jalta und dem Fall der Berliner Mauer verglich. Ein gelungener Vergleich ist das natürlich nicht. ...

<https://kurz.rt.com/3274> bzw. [hier](#)

Kaspar Sachse: **Wegen "Energiekrise": Habeck kündigt "enorme Preiserhöhungen" an – in Augsburg gehen die Lichter aus**

Normalerweise sollte ein Wirtschaftsminister bestrebt sein, die Versorgung und den Wohlstand seiner Bürger zu mehren – Robert Habeck tut das Gegenteil: Er bereitet Bürger und Kommunen auf Verzicht und noch höhere Preise vor. Das verfängt bereits. Das Stimmvieh darf die durch die Regierung selbstverschuldete Misere allein ausbaden. ...

<https://kurz.rt.com/328c> bzw. [hier](#)

Bradley Blankenship: **Was das neue strategische Konzept der NATO für China bedeutet**

Die westliche Militärallianz nennt Peking zum ersten Mal in seiner Geschichte eine Herausforderung. Während sich das strategische Konzept der NATO vorerst auf Russland konzentriert, steht ganz klar China als nächster Schwerpunkt im Fadenkreuz der Allianz. ...

<https://kurz.rt.com/31zw> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: **Kalter Krieg im Mittelmeer: Nähern sich der Westen und die Türkei wirklich an?**

Der Westen feiert die NATO-Norderweiterung dank der Einwilligung der Türkei als einen "historischen Moment", wohingegen die Türkei das als ihren eigenen Erfolg bezeichnet. Während der Ukraine-Krieg weiter tobt, wächst jedoch der Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland zu einem Kalten Krieg um Mittelmeergebiete heran. ...

<https://kurz.rt.com/326j> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Dem Westen fehlt ein Plan B für die Ukraine – Der Fall der Kommunistischen Partei**

Alle unheilvollen Nachrichten nützen nichts – die Ukraine und hinter ihr der Westen setzen ihren unheilvollen Kurs fort. Wenn man, auf welcher Ebene auch immer, verhandeln wollte, müsste es Anzeichen eines Nachgebens geben. Wenigstens kleine. Das Beispiel der Kommunistischen Partei der Ukraine spricht für das Gegenteil. ...

<https://kurz.rt.com/327y> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:05 de.rt.com: **Ausbleibende russische Touristen: Europas Urlaubsorte verlieren Milliarden**

Die westlichen Sanktionen gegen Russland haben auch die Tourismusindustrie Europas hart getroffen. Rund zwanzig Milliarden Euro können den europäischen Urlaubsorten durch das

Ausbleiben der russischen Touristen verloren gehen.

Es sind nicht nur die fehlenden Flugverbindungen und sanktionsbedingt gesperrte Kreditkarten, die die Russen von Reisen nach Europa abhalten. Von europäischen Urlaubszielen schreckt russische Touristen die Angst vor der Russophobie ab, die seit Beginn der Ukraine-Krise alle EU-Länder erfasst hat.

Viele europäische Urlaubsorte versuchen nun, die Touristenströme aus Russland durch Gäste aus EU-Ländern zu ersetzen, die nach der Pandemie auf dem Vormarsch sind. Es ist jedoch fraglich, ob die Tourismusindustrie die gleichen Gewinne erzielen wird wie zuvor.

Russland ist ein bedeutender Markt für mehrere Urlaubsländer, darunter Griechenland, Zypern, Spanien und Italien. Im vergangenen Jahr haben die Russen mehr als 21 Milliarden Euro in die europäischen Urlaubsorte gebracht, so die Online-Zeitung Lenta.ru. Wie sie berichtet, hätten die Russen im Jahr 2019 rund eine Milliarde Euro nur für Reisen nach Italien ausgegeben. Heute seien die Prognosen enttäuschend. Laut Lenta.ru schätze die italienische Nationalagentur, dass allein Rom aufgrund des starken Rückgangs der russischen Touristenströme mindestens 150 Millionen Euro verliert. In Spanien sei die Situation ähnlich. Nach Schätzungen des Spanischen Tourismusinstituts belaufe sich der Schaden auf etwa 1,4 Milliarden Euro.

In einigen Regionen sei das Ausbleiben russischer Touristen ein Todesurteil für die Tourismusindustrie. Wie in der italienischen Stadt Scalea im Süden des Landes. "Wir stehen vor dem Aus. Die Russen kommen nicht mehr", sagte der Besitzer eines Restaurants gegenüber der britischen Zeitung The Guardian. In den letzten zehn Jahren sei die wirtschaftliche Entwicklung des Ortes hauptsächlich von den russischen Touristen vorangetrieben worden, so die Zeitung.

In vielen Fällen habe die Abwanderung russischer Touristen negative Auswirkungen auf verwandte Bereiche des Tourismus. Lenta.ru verweist auf die finnische Stadt Lappeenranta, die nur wenige Dutzend Kilometer von der russischen Grenze entfernt liegt. Viele Petersburger hätten früher den Flughafen dieser Stadt für Flüge nach Europa genutzt. Jetzt gebe es hier viel weniger Touristen, und wie die schwedische Zeitung SVT schrieb, würden viele Einheimische Gefahr laufen, deswegen arbeitslos zu werden.

Zypern gehe es ähnlich. Wie aljazeera.com berichtete, hätten die Russen im vergangenen Jahr ein Viertel der zwei Millionen Besucher Zyperns ausgemacht und damit rund 290 Millionen Euro eingebracht – ein Fünftel der Tourismuseinnahmen des Landes. Das Ausbleiben der russischen Touristen und die hohen Energiepreise würden in diesem Jahr zu einem Nettoverlust von 0,9 Prozent auf dem Tourismusmarkt führen. Das könnte relativ unbedeutend sein, wenn nicht viele Russen ihren Urlaub auf Zypern mit geschäftlichen Aktivitäten wie Investitionen und Bankgeschäften verbinden würden, so Al Jazeera.

Die Leiterin des Beratungsunternehmens Sapienta Economics, Fiona Mullen, schätzte im Gespräch mit Al Jazeera, dass die russischen Unternehmen bis zu 4,8 Prozent des zypriotischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen würden. Sie erklärte:

"Es gibt bestimmte Betriebe, die sehr stark auf das Geschäft mit Russland angewiesen sind – einige der Hotels, die nur Pauschalreisen anbieten, und einige Rechts- und Compliance-Unternehmen, die sehr stark von russischen Kunden abhängig sind."

Man vermisse die Russen auch in Montenegro, sagte die Inhaberin eines Immobilienbüros gegenüber Lenta.ru. Ihr zufolge seien dieses Jahr um ein Vielfaches weniger Russen in Budva als letztes Jahr.

"Touristen aus Russland wurden in den Ferienorten durch Ukrainer ersetzt, die gezwungen waren, ihr Land zu verlassen, aber über Geld verfügen. Diese Menschen sind nur auf sich selbst angewiesen – hier gibt es keine Unterstützung für Flüchtlinge im eigentlichen Sinne. Sie mieten also eine Unterkunft zu Sommerpreisen. Es gibt auch viele Polen, Franzosen und Briten. Dies gilt jedoch hauptsächlich für Mietunterkünfte. Im Dienstleistungs- und Unterhaltungssektor beklagt man sich über die Abwesenheit der Russen", erklärte sie.

Nach Angaben des Spanischen Instituts für Tourismus gebe der durchschnittliche Russe etwa 175 Euro pro Nacht im Urlaub aus. Das ist viel mehr als beispielsweise bei den Deutschen mit 138 Euro und den Franzosen mit 99 Euro. Selbst wenn russische Touristen durch Urlauber aus anderen Ländern ersetzt würden, würden sie den europäischen Urlaubsorten wahrscheinlich nicht den gleichen Gewinn bringen. Die Besitzerin eines Reisebüros in Montenegro erklärte gegenüber Lenta.ru:

"Der Besitzer eines Reiseunternehmens hat mir einmal gesagt, die Europäer hätten für ihren Urlaub ein Budget, das sie niemals überschreiten würden. Aber die Russen geben alles aus. Sie leben nach dem Motto: Lieber werde ich nach dem Urlaub sparen, im Urlaub aber lasse ich es mir gut gehen."

Vielleicht hoffe Europa deshalb immer noch auf die Rückkehr russischer Touristen, so die Zeitung. In den Ferienorten hängen nach wie vor Schilder in russischer Sprache, die Restaurants haben noch immer russische Speisekarten – und die Einheimischen erinnern sich, wie die russische Kunden Autos und Yachten mieteten, Kleidung und Souvenirs kauften und ihr Geld für Freizeitaktivitäten oder Essen freizügig ausgaben.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c5978d48fbef35ff63049f.jpg>

20:47 de.rt.com: **NATO-Beitritt: Türkei droht Schweden und Finnland weiterhin mit Veto**

Die Türkei hat nach der Unterzeichnung eines Protokolls, das angeblich einen Streit über die Unterstützung kurdischer Gruppen und Einzelpersonen beendet, seine Erwartungshaltung an die Partner geäußert. Die Regierung signalisierte, dass sie von den nordeuropäischen Staaten erwarte, dass diese ihren Teil der Abmachung einhalten. Sonst sei die Vereinbarung hinfällig. In einem Gespräch mit dem türkischen Fernsehsender NTV hat der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu am Montag gesagt, dass Helsinki und Stockholm ihre Unterstützung für kurdische Gruppen beenden und von Ankara gesuchte Kurden an die Türkei ausliefern müssten, wie sie es letzte Woche auf dem NATO-Gipfel in Madrid vereinbart hätten. Der türkische Spitzendiplomat erklärte:

"Sie müssen sich an dieses Dokument halten. Wenn sie es nicht tun, werden wir ihnen nicht erlauben, der NATO beizutreten."

Der türkische Außenminister erläuterte einige der wichtigsten Punkte des trilateralen Memorandums, darunter die Verpflichtung zur uneingeschränkten Zusammenarbeit mit der Türkei im Kampf gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihr nahestehende Gruppen sowie die Aufhebung des Verbots, Waffen an Ankara zu verkaufen. Außerdem verpflichteten sie sich, die bestehenden Gesetze zur Terrorismusbekämpfung und Auslieferung zu aktualisieren. Er fügte hinzu:

"Wenn diese Länder ihr Wort nicht halten, werden wir unsere Schritte entsprechend unternehmen."

Mit der Unterzeichnung des Memorandums am 22. Juni erklärte sich die Türkei bereit, ihre Einwände gegen einen Beitritt Finnlands und Schwedens zum NATO-Bündnis fallen zu lassen.

lassen, da diese Länder Anfang des Jahres nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine ihre Absicht bekundet hatten, dem Bündnis beizutreten. Schon kurz nach Veröffentlichung des Textes des Abkommens begannen beide Seiten jedoch, Behauptungen über die angeblich besprochenen Einzelheiten zu bestreiten. Der heikelste Punkt betrifft die Frage der Auslieferung.

In einer Rede am 30. Juni behauptete der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, Schweden habe ihm "Garantien" für die Auslieferung von 73 PKK-Mitgliedern gegeben. Die schwedische Außenministerin Ann Linde verwies daraufhin auf das unterzeichnete Dokument, in dem "keine Listen oder Zahlen" erwähnt würden.

Auch der finnische Außenminister Pekka Haavisto erklärte, sein Land würde niemals seine eigenen Bürger ausliefern, wenn es befürchtet, dass ihnen die Todesstrafe droht. Am Wochenende sagte die schwedische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson vor Journalisten:

"Es ist wichtig, dass wir gegen den Terrorismus vorgehen, aber natürlich tun wir dies im Einklang mit den schwedischen Gesetzen und internationalen Konventionen. Wenn Sie nicht am Terrorismus beteiligt sind, haben Sie keinen Grund, sich Sorgen zu machen."

Seit 1978 führt die PKK einen bewaffneten Kampf im Osten der Türkei gegen das türkische Militär. Seit den 1990er Jahren führte Ankara zudem mehrere Operationen in den Nachbarländern durch: erst im Irak und später auch in Syrien, wo ebenfalls viele Kurden leben, um die Stützpunkte der PKK und ihrer Schwesterorganisationen zu zerstören.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c5767bb480cc729c7fe83b.jpeg>

20:50 de.rt.com: **Ukrainische Wehrpflichtige dürfen Wohnorte wieder verlassen**

Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Walerij Saluschnyj, hat bekannt gegeben, dass die Vorschrift, wonach Wehrpflichtige ihre Wohnorte nur mit einer Erlaubnis der lokalen Musterungsbehörde verlassen dürfen, aufgehoben wird.

Die Regelung war am Tag zuvor vom ukrainischen Generalstab erlassen worden und hatte unter der Bevölkerung für Entrüstung gesorgt. Danach ordnete Präsident Wladimir Selenski dem Stab an, die Vorschrift aufzuheben. Saluschnyj erklärte die Rücknahme der Regelung in seinem Telegram-Kanal wie folgt:

"Um weitere Manipulationen um diese Frage zu vermeiden, wurde beschlossen, die Regelung aufzuheben und sie zur Nachbearbeitung zu schicken."

Das überarbeitete Dokument solle Neuerungen in ukrainischen Gesetzen berücksichtigen, die den Personenverkehr im Kriegszustand regeln. Die vorhandene Gesetzgebung würde der gegenwärtigen Realität nicht entsprechen und keine effektiven Mechanismen für Mobilisierung ermöglichen, fügte Saluschnyj hinzu.

21:20 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen wieder Makejewka – zwei Kinder tot,**

drei verwundet

Wie das Gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordination (JCCC) der Donezker Volksrepublik gemeldet hat, haben die ukrainischen Truppen am heutigen Abend die Stadt Makejewka wiederholt unter Beschuss genommen. Dabei seien drei Geschosse vom Kaliber 152 mm abgefeuert worden.

Nach Angaben des Stabs der Territorialverteidigung der DVR sind beim Beschuss zwei Kinder ums Leben gekommen, drei weitere erlitten Verletzungen. Außerdem seien zwei erwachsene Zivilisten verwundet worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c5d7b848fbef6d8764e934.jpg>

Ansicht von Makejewka

dan-news.info: **In Makejewka starben zwei Kinder durch Beschuss, drei wurden verletzt**
Nach genaueren Informationen des Stabs für Territorialverteidigung der DVR starben in Makjewka durch ukrainischen Beschuss zwei Kinder, drei wurden verletzt. Außerdem wurden zwei Erwachsene verletzt.

Die Stadtverwaltung von Makejewka teilte mit, dass die Tragödie im zentralen Bezirk im Stadtteil Schachtjorskij geschah. Dort wurde auch eine Gasleitung beschädigt.

Nach Angaben des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination haben Kämpfer Kiews das Feuer gegen 17:40 Uhr aus Richtung ihrer Positionen in Orlowka auf die Stadt eröffnet. Der Feind feuerte zwei Raketen mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ ab.

21:50 de.rt.com: **Brand im Tanklager von Donezk nach ukrainischem Beschuss**

Im Tanklager von Donezk ist nach einem Beschuss durch ukrainisches Militär ein Brand ausgebrochen. Der Stab für Territorialverteidigung der Donezker Volksrepublik meldete den Brand und zeigte Aufnahmen von Rauchschwaden, die über Donezk aufsteigen. Die genauen Folgen des Beschusses werden derzeit ermittelt, so der Stab.

Insgesamt haben die ukrainischen Streitkräfte am heutigen Mittwoch über 100 Geschosse auf das Gebiet der DVR abgefeuert.

22:05 de.rt.com: **Straßburg: EU-Parlament stimmt für "Grünes Label" für Gas und Kernkraft**

Am Mittwoch hat das Europaparlament das EU-Ökosiegel für Gas und Atomkraft mit einem Großteil der Stimmen befürwortet. 278 Abgeordnete lehnten den entsprechenden Rechtsakt zur sogenannten Taxonomie ab, notwendig wären 353 Stimmen gewesen.

Einer Aufnahme der Energieträger Atom und Gas in den EU-Nachhaltigkeitskatalog steht praktisch nichts mehr im Wege, nachdem am Mittwoch 328 Abgeordneten einen entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission unterstützt hatten. Nur 278 votierten gegen den Rechtsakt zur sogenannten Taxonomie.

Angesichts der EU-Ziele, bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen und die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent zu senken, hält die Kommission das Klassifizierungssystem für entscheidend, um Investitionen in nachhaltige Energie zu lenken. Sie schätzt, dass zur Erreichung der für das Jahr 2030 anvisierten Ziele Investitionen in Höhe von rund 350 Milliarden Euro pro Jahr erforderlich sein werden. Konkret ging es bei dem Votum um einen ergänzenden Rechtsakt zur sogenannten Taxonomie der EU. Sie ist ein Klassifikationssystem, das private Investitionen in nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten lenken soll. Auf diese Weise sollen Investitionsentscheidungen von Anlegern beeinflusst werden, mit dem Ziel, den Ausbau von klimafreundlichen vor klimaschädlichen Technologien zu fördern. Die Taxonomie kann unter anderem Auswirkungen auf Finanzierungskosten von Projekten in den jeweiligen Bereichen haben. Im vergangenen Jahr wurde bereits in einem ersten Schritt entschieden, die Stromproduktion mit Solarpaneelen, Wasserkraft oder Windkraft als klimafreundlich einzustufen. Zudem wurden Kriterien für zahlreiche andere Wirtschaftsbereiche festgelegt. Sie regeln beispielsweise, dass der Personen- und Güterzugverkehr ohne direkte CO₂-Abgasemissionen als klimafreundlich eingestuft werden kann.

Unter dem Druck einiger Mitgliedstaaten schlug die für Gesetzesvorschläge zuständige EU-Kommission Ende vergangenen Jahres zusätzlich vor, auch Investitionen in Gas- und Atomkraftwerke unter bestimmten Bedingungen als klimafreundlich einzustufen. Frankreich setzte sich dabei zugunsten von Atomkraft als Schlüsseltechnologie für eine CO₂-freie Wirtschaft ein, da es mit dem französischen Energiekonzern EDF auf Atomkraft setzt und die Technik gerne auch exportieren will. Deutschland setzte sich im Gegenzug für ein grünes Label für Gas als Übergangstechnologie ein.

Innerhalb der EU gibt es sehr abweichende Einstellungen. Steffen Hebestreit, ein Sprecher von Bundeskanzler Olaf Scholz, sagte, dass "die deutsche Regierung an ihrer Position festhält und die Kernenergie als nicht nachhaltig betrachtet". Hebestreit weiter:

"Dennoch ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Taxonomie ein wichtiges Instrument zur Erreichung der Klimaschutzziele ist, denn es ist klar, dass Erdgas für uns eine wichtige Brückentechnologie auf dem Weg zur CO₂-Neutralität ist und die Aufnahme der Erdgasnutzung in den delegierten Rechtsakt trägt dem Rechnung."

Mitte Juni hatten die Abgeordneten der Umwelt- und Wirtschaftsausschüsse des Europäischen Parlaments, ENVI und ECON, gegen die Aufnahme von Investitionen in Atomkraft und Gas in die grüne Taxonomie der EU gestimmt. Während Kritiker auf Umweltproblemen bei beiden Technologien aufmerksam machen und bei Atomkraft zusätzlich noch die [Sicherheitsrisiken](#) anführen, verweisen Befürworter auf die Notwendigkeit von Übergangstechnologien.

Die Umsetzung des Kommissionsvorschlags kann noch verhindert werden, wenn sich bis zum 11. Juli mindestens 20 EU-Staaten zusammenschließen, die mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU vertreten. Dass eine entsprechende Mehrheit im Rat der EU zustande kommt, gilt allerdings als geradezu ausgeschlossen.

Greenpeace kündigte umgehend an, einen formellen Antrag auf interne Überprüfung bei der Europäischen Kommission einzureichen und dann vor dem Europäischen Gerichtshof zu klagen, falls das Ergebnis nicht schlüssig ist.

Die Jugendaktivistengruppe Fridays for Future erklärte, dass infolge der Entscheidung Milliarden von Euro in die Gasinfrastruktur und in Atomkraftwerke gepumpt werden könnten, wodurch dringend benötigte Mittel von erneuerbaren Alternativen abgezogen würden.

Dem Argument einiger Kritiker, dass die Taxonomie den russischen Gasverkauf ankurbeln und damit der eigenen Politik widersprechen würde, hielt die Europäische Kommission eine Art Zusage der ukrainischen Regierung gegenüber entgegen.

EU-Kommissarin Mairead McGuinness zitierte am Dienstag aus dem Brief des ukrainischen Energieministers:

"Ich bin der festen Überzeugung, dass die Einbeziehung von Gas und Kernenergie in die

Taxonomie ein wichtiges Element der Energiesicherheit in Europa ist, insbesondere im Hinblick auf den Ersatz von russischem Gas", und fügte hinzu: "Ich denke nicht, dass wir diesen Brief infrage stellen sollten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c57c85b480cc729c7fe853.jpg>

22:20 de.rt.com: **Russische Truppen kontrollieren etwa 20 Prozent des Gebiets Charkow**

Die russischen Streitkräfte kontrollieren etwa 20 Prozent des Gebiets Charkow, erklärten das Oberhaupt der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Witali Gantschew der Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

Gantschew zufolge ist Russland gegenwärtig in vier von sieben Bezirken des Gebiets präsent. Auf Grund laufender Kampfhandlungen seien genaue Angaben allerdings schwer zu ermitteln:

"Es ist schwer, eine genaue Zahl zu nennen, denn die Frontlinie sich laufend verschiebt. Aber in Prozentzahlen ausgedrückt, kann ich sagen, dass bis jetzt etwa 20 Prozent befreit worden sind."

Gantschew betonte, dass alle von Russland kontrollierten Ortschaften mit Elektrizität und Wasser versorgt werden. Die Siedlungen an der Frontlinie stehen jedoch unter Beschuss, wobei die ukrainischen Truppen auf Infrastrukturanlagen wie Elektrizitätswerke zielen, so Gantschew.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c5ebf8b480cc40b53c92c7.jpg>

Ein russischer Soldat und Zivilisten in einem der Dörfer des Gebiets Charkow

22:43 de.rt.com: **Kolumbiens gewählter Präsident schlägt ELN-Guerilla bilaterale Waffenruhe und Friedensgespräche vor**

Der gewählte Präsident Kolumbiens will mit den im Land noch aktiven bewaffneten Gruppen Frieden schließen. In seinem Appell an die sogenannte Nationale Befreiungsarmee (ELN) zeigt sich Gustavo Petro zu einem bilateralen Waffenstillstand und Friedensgesprächen bereit. Gustavo Petro, der gewählte Präsident Kolumbiens, hat am Dienstag der Guerilla-Gruppe Nationale Befreiungsarmee (ELN) seine Dialogbereitschaft signalisiert. In einem Interview für den Sender *W Radio* [forderte](#) der linke Politiker alle in dem südamerikanischen Land noch aktiven bewaffneten Gruppen zum Dialog mit seiner künftigen Regierung auf:

"Die Botschaft, die ich nicht nur an die ELN, sondern auch an alle aktuellen bewaffneten Gruppierungen gesendet habe, ist, dass es Zeit für den Frieden ist."

Petro warb zu diesem Zweck für einen bilateralen Waffenstillstand. Der gewählte Präsident versprach im Interview, es werde sowohl "gerichtliche" als auch "politische" Verhandlungen geben, um den Krieg in Kolumbien zu beenden.

Nach dem Wahlsieg des linken Präsidentschaftskandidaten hatte die ELN ihren Willen bekundet, Frieden zu schließen. Am Montag bekräftigte die Guerilla ihre Bereitschaft, mit der künftigen Regierung Petros zu verhandeln. In einer über den Sender RCN Radio verbreiteten Mitteilung [gab](#) die ENL bekannt:

"Wir verhandelten mit fünf Regierungen außer der von Iván Duque, die sich weigerte, die mit der vorigen Regierung getroffenen Vereinbarungen zu erfüllen. Wir verfolgen weiterhin unser Ziel, aus Kolumbien ein faireres, gerechteres und demokratischeres Land zu machen."

Die letzten Verhandlungen zwischen der ELN und der kolumbianischen Regierung hatten im Februar 2017 begonnen – während der Präsidentschaft von Juan Manuel Santos. Die Gespräche fanden zuerst in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito statt. Im April 2018 erklärte der damalige ecuadorianische Staatschef Lenín Moreno jedoch, sein Land werde nicht mehr als Austragungsort und Garant der Verhandlungen fungieren. Ab Mai 2018 wurden die Gespräche in der kubanischen Hauptstadt Havanna durchgeführt. Die sechste und letzte Gesprächsrunde mit der ELN am 1. August desselben Jahres endete zwar ohne Durchbruch. Santos erklärte aber, nach vielen Bemühungen habe man eine Grundlage für weitere Gespräche geschaffen.

Am 7. August löste Iván Duque Santos als Staatschef ab und kündigte an, er werde die Bedingungen des Dialogs mit der ELN revidieren. Später forderte der Politiker die Guerilla auf, alle Geiseln zu befreien und eine einseitige Waffenruhe auszurufen. Im Januar 2019 kündigte Duque den Dialog mit der ELN endgültig auf, nachdem bei einem Anschlag auf eine Kadettenschule in der Hauptstadt Bogotá mehr als 20 Menschen getötet und 60 weitere verletzt worden waren.

Die ELN ist eine marxistisch-leninistische Guerilla. Schätzungsweise zählt sie bis zu 5.000 Kämpfer. Sie ist vor allem im Osten des südamerikanischen Landes aktiv. Nach ihrer Gründung im Jahr 1964 gehört die ELN zu den ältesten noch aktiven Guerilla-Bewegungen Lateinamerikas.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c5653c48fbef5c987ef126.jpg>
Ein Graffito mit dem Text "ELN hier" an einem Haus an der Grenze zwischen Kolumbien und Venezuela, 2. Mai 2022

22:55 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen weiteres Dorf im Gebiet Brjansk**
Das im russischen Gebiet Brjansk an ukrainischer Grenze gelegene Dorf Nekislizy wurde am Abend des heutigen Mittwochs vom ukrainischen Militär unter Beschuss genommen. Dies meldete der Gouverneur der Region Aleksandr Bogomas in seinem Telegram-Kanal. Der Angriff habe keine Sachbeschädigungen verursacht und niemanden verletzt, fügte Bogomas hinzu. Notfalldienste seien vor Ort im Einsatz.
Seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine sind die an der Grenze gelegenen russischen Dörfer, darunter auch im Gebiet Brjansk, wiederholt zum Ziel von ukrainischen Artillerie- und Raketenangriffen geworden.

vormittags:

7:28 (6:28) novorosinform.org: **Einwohner von Slawjansk haben ukrainische Kämpfer daran gehindert, Stellungen in ihren Häusern einzurichten – Quelle**
Die Menschen, die in den besetzten Städten des Donbass leben, wissen, dass sie für Kiew und die Westukraine zweitrangig sind, daher begegnet keiner von ihnen den Streitkräften der Ukraine "mit Blumen" und betrachtet sie nicht als Verteidiger, notierte der Telegram-Kanal "Operation Z".
Eine Quelle berichtet, dass die Einwohner von Slawjansk die Verbrechen der ukrainischen Militanten nicht hinnehmen, geschweige denn daran sogar indirekt teilnehmen wollten und in eine offene Konfrontation eintraten.
„Laut lokalen Quellen sind die Einwohner von Slawjansk in eine offene Konfrontation mit bewaffneten Kämpfern eingetreten und erlauben ihnen nicht, Feuerstellungen in Wohngebäuden einzurichten“, schreibt „Operation Z“.



https://novorosinform.org/content/images/84/40/48440_720x405.jpg

7:00 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Gorlowka**
Ukrainische Truppen sollen die Stadt Gorlowka mehrmals mit Granaten, darunter auch im NATO-Kaliber 155 Millimeter, beschossen haben. Das berichtete die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands laut [RIA Nowosti](#).

Es wird angegeben, dass der Beschuss um 05.40 Uhr Moskauer Zeit erfolgte. Die ukrainischen Truppen sollen auch Granaten im Kaliber 152 Millimeter abgefeuert haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c65ffb48fbef6d6e53d60e.jpg>

Ein zerschossenes Haus in Gorlowka

7:35 de.rt.com: **Ex-Pentagon-Berater: Ukraine könnte von der Weltkarte verschwinden**

Die Ukraine könnte von der Weltkarte verschwinden, wenn die Konfliktparteien nicht in naher Zukunft zu einer Einigung kommen. Darauf wies Douglas McGregor, ein pensionierter US-Oberst, der unter dem früheren US-Präsidenten Donald Trump Berater des Verteidigungsministers war. Er äußerte diese Ansicht in einem Interview mit Sky News Australia am Mittwoch und erklärte:

"Das Land ist bereits ein gescheiterter Staat, es könnte komplett von der Weltkarte getilgt werden. Ich glaube, es sollte einen Waffenstillstand geben. Australien sollte dies fordern, denn niemand in Washington wird dies tun. Ich höre von Leuten in Berlin, Paris und London von einer wachsenden Unterstützung für die Idee, auf einen Waffenstillstand und eine Art von Abkommen zu bestehen. Denn wir können es uns nicht leisten, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen."

wpered.su: **Donezker Kommunisten organisierten ein Treffen von Soldaten und Kindern**

Vertreter der Organisation der KP der DVR im Petrowskij-Bezirk von Donezk, der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass und der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ organisierten ein Treffen von Soldaten mit Kindern, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Das Treffen fand im Café „Solnyschko“ statt, in dem bereits kostenlose Mahlzeiten für jungen Leute auf frontnahen Bezirken organisiert worden waren. Dieses Mal versorgte die Besitzerin der Einrichtung die Kinder mit einem leckeren Mittagessen und die Aktivistinnen der Frauenorganisation veranstalteten einen kreativen Kurs.

Vor den Anwesenden traten der Liedermacher Dmitrij Mulanow aus Twer, das Frauenvokalensemble „Wdochnowenije“ aus Donezk, der Dichter und Fotokünstler aus Jakutien Sergej Schestakow, der Afghanistan-Held Walentin Sosjura, die Redakteurin der Zeitung „Wetschernyj Donezk“ Violetta Simonjan, der Amerikaner, Milizangehöriger mit Codenamen „Texas“ Russell Bentley und viele andere auf.

An dem Treffen nahmen der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der DVR Boris Litwinow teil, der sich mit den Anwesenden unterhielt, von der Arbeit der Kommunisten berichtete und den Kindern Leckereien, die mit dem humanitären Konvoi der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation gekommen sind.

Nach dem Treffen erhielten die Kinder Geschenkpäckchen, in denen sich Bastelmaterial, Bücher vom karitativen Fonds „Russpomoschtschj“ und Süßigkeiten befanden.

7:52 de.rt.com: **Streit um die Malvinas / Falklandinseln: London erklärt Inseln im Südatlantik zum Naturschutzgebiet**

Der Territorialstreit zwischen Argentinien und Großbritannien dreht sich nicht nur um die Falklandinseln. Buenos Aires beansprucht außerdem Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln. Londons Beschluss, die Inseln zu einem Schutzgebiet zu erklären, stößt auf Kritik.

Das argentinische Außenministerium hat am Dienstag die Entscheidung Londons, das britische Überseegebiet Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln zu "besonderen Schutzterritorien" zu erklären, als einseitig zurückgewiesen. In der entsprechenden Stellungnahme vom 5. Juli [hieß](#) es:

"Die argentinische Regierung lehnt alle und jede einzelne Bestimmung in der erwähnten Ankündigung sowie die Ansprüche des Vereinigten Königreichs, eigene Regeln auf die argentinischen Territorien und Seegebiete, darunter die Malwinen, Südgeorgien, die Südlichen Sandwichinseln und die umliegenden Seegebiete zu erstrecken, kategorisch ab."

Das Außenministerium in Buenos Aires bezeichnete die Entscheidung Londons als einseitig und illegal. Sie sei mit den Verfügungen der UN-Generalversammlung inkompatibel, die die beiden Staaten dazu aufrufe, auf einseitige Schritte in Bezug auf die Inseln zu verzichten.

Die britische Regierung hatte im Juni 2021 ihr Vorhaben angekündigt, den Zugang zu diesen Inseln im Südatlantik zu untersagen, um das dortige Ökosystem sowohl auf dem Boden als auch im Wasser zu schützen. Die Entscheidung trat jedoch erst am Dienstag in Kraft.

Die Rhetorik um die umstrittenen Inseln verschärfte sich vor dem Hintergrund des 40. Jahrestags des Falklandkrieges, der am 2. April 1982 ausgebrochen war. Die im Jahr 1967 in Argentinien an die Macht gekommene Militärdiktatur geriet angesichts der Vorwürfe wegen massiver Menschenrechtsverletzungen allmählich ins Wanken und beschloss, die seit dem Jahr 1833 unter Großbritanniens Kontrolle befindliche Inselgruppe zurückzuerobern. Der Krieg dauerte bis zum 20. Juni desselben Jahres und kostete 649 Argentinern und 255 Briten das Leben. Die Inseln blieben aber im Besitz Großbritanniens.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c57bf148fbef6d6e53d572.jpg>
Panorama auf die Stromness Bay mit der ehemaligen Walfangstation in Südgeorgien und den Südlichen Sandwichinseln

8:05 de.rt.com: **Scholz wirft Russland vor, Energie als Waffe einzusetzen**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat Russland angesichts der Drosselung von Gaslieferungen vorgeworfen, Energie als Waffe einzusetzen. Der SPD-Politiker sagte am Mittwochabend beim Sommerfest des Bundesverbands Erneuerbare Energie:

"Deutschland hat sich zu lange und zu einseitig auf Energielieferungen aus Russland verlassen. Heute müssen wir feststellen: Russland setzt Energie als Waffe ein. Niemand glaubt doch, dass Russland seine Gaslieferungen allein aus technischen Gründen reduziert."

Deshalb gehe es nun darum, so schnell wie möglich die Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu reduzieren, ohne die Versorgungssicherheit aufs Spiel zu setzen, so

Scholz. Die Bundesregierung habe bereits frühzeitig damit begonnen, für den "Worst Case" zu planen. Die Gasspeicher würden befüllt und es werde in Terminals für Flüssigerdgas (LNG) investiert.

Scholz sagte weiter, die Bundesregierung werde den "Turbogang" beim Ausbau erneuerbarer Energien einlegen. Er erklärte:

"Jedes Windrad, jede Photovoltaikanlage, jede Biomasseanlage ist ein Schritt auf dem Weg dahin, dass unsere Energieversorgung unabhängiger und nachhaltiger wird, dass sie sicher ist und bezahlbar bleibt."

Am Donnerstag stimmt der Bundestag über ein umfangreiches Gesetzespaket für einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien ab.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c671cf48fbef6ca3652152.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz zu Gast beim Sommerfest "Energie. Netze. Verbrauch. Die gesamte Energiewirtschaft." veranstaltet vom Bundesverband der Erneuerbaren Energie e.V. im Spindler & Klatt in Berlin, 6. Juli 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 7.7.2022**

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine zweimal Mironowskij mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen und 5 Mörsergeschosse abgefeuert.

Infolge des Beschusses auf Mironowskij starb ein Zivilist und 7 Menschen wurden unterschiedlich schwer verletzt.

Außerdem wurden nach genaueren Informationen in **Stachanow** vier Garagen in der Garagenkooperative „Sewerjanotschka“, 2 Autos sowie ein Mofa und Fahrräder durch Fragmente einer von unserer Luftabwehr **abgeschossenen Rakete eines taktischen Raketenkomplexes „Totschka-U“** beschädigt.

Technische Einheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik. So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR mehr als 7 Hektar Gebiet von explosiven Objekten, die von den ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Smoljaninowo und Borowenki zurückgelassen worden waren, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik.

Gestern haben Freiwillige des humanitären Projekts „Buchanka“ gemeinsam mit der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe für Einwohner des befreiten Lissitschansk geliefert. Außerdem haben Vertreter der Volksfront mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe für bedürftige Einwohner von Borowskoje geliefert.

9:00 de.rt.com: **Selenskij erwartet Lieferung von Flugabwehrsystemen aus dem Westen**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat erklärt, dass er nicht mehr mit der Lieferung von Flugzeugen aus dem Westen rechne, aber noch immer leistungsstarke Luftabwehrsysteme erwarte.

Am Mittwoch berichtete der irische Sender RTE, dass der irische Premierminister Micheal Martin in der Ukraine eingetroffen sei und das Dorf Borodjanka im Gebiet Kiew besucht habe. Bei einer Pressekonferenz nach dem Treffen mit Martin sagte Selenskij laut [RIA Nowosti](#):

"Vielleicht bin ich zu aufdringlich, aber die Sicherheit des Luftraums hat Priorität. Und niemand erwartet mehr dieses oder jenes Flugzeug. Aber wir alle erwarten und haben eine theoretische Bestätigung, dass leistungsfähige Luftabwehrsysteme in der Ukraine ankommen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c661aeb480cc29662f6f62.jpg>

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij und der irische Premierminister Micheal Martin geben nach ihren Gesprächen in Kiew am 6. Juli 2022 eine gemeinsame Pressekonferenz.

9:15 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Dorf Nekislizy im russischen Gebiet Brjansk**

Ukrainische Streitkräfte sollen das Grenzdorf Nekislizy im russischen Gebiet Brjansk beschossen haben. Dabei soll es laut dem Gouverneur des Gebietes Alexander Bogomas weder Tote noch Verletzte gegeben haben.

Nach Angaben des Beamten wurden bei dem Angriff keine kommunale Infrastruktur oder Wohngebäude beschädigt. Die operativen Dienste seien vor Ort tätig.

Zuvor hatten mehrere russische Gebiete, die an die Ukraine grenzen, die gelbe Stufe der Terrorgefahr verlängert. Nach Angaben von Kremlsprecher Dmitri Peskow entspreche diese Entscheidung der aktuellen Situation.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 7.7.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine militärischen Objekte sind und keine Gefahr für den Gegner darstellen.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 200 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **28 Zivilisten verletzt, 7 Zivilisten, darunter 3 Kinder, starben**. 43 Wohnhäuser und 7 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: ein Zug von Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, eine Haubitze M-777, ein Lastwagen und mehr als 20 Mann. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Kurdjumowka wurden beseitigt.

9:40 de.rt.com: **Kadyrow gibt Rückkehr der tschetschenischen Kämpfer nach der Befreiung der LVR bekannt**

Das tschetschenische Oberhaupt Ramsan Kadyrow hat sich mit Kommandeuren und Kämpfern der Spezialeinheit Achmat getroffen, die nach der Befreiung der Volksrepublik Lugansk nach Tschetschenien zurückgekehrt sind. Er schrieb auf seinem Telegram-Kanal: "Am Mittwoch traf ich mich mit Kommandeuren und angesehenen Kämpfern aus den Reihen des Personals in einer festlichen Atmosphäre. In meinem eigenen Namen und dem des russischen Präsidenten Wladimir Putin habe ich unseren Soldaten, die ihre Pflicht ehrenvoll erfüllt haben, aufrichtige Worte des Dankes übermittelt."

Gemäß einem Erlass des russischen Präsidenten überreichte Kadyrow mehreren Kommandeuren und Kämpfern Medaillen und Auszeichnungen der Russischen Föderation und der russischen Teilrepublik Tschetschenien. Das tschetschenische Oberhaupt fügte hinzu: "Unsere Spezialeinheiten haben im Verlauf der militärischen Sonderoperationen enorme Erfolge erzielt. Sie haben damit allen Spekulationen über die Abtrennung des tschetschenischen Volkes von unserem glorreichen Heimatland Russland ein Ende gesetzt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c663c348fbef3c16588291.jpg>

10:05 de.rt.com: **DVR gibt vorläufige Zustimmung Syriens zur Teilnahme am internationalen Tribunal bekannt**

Syrien hat seine vorläufige Zustimmung zur Teilnahme an einem internationalen Tribunal gegen Kriegsverbrecher in der Donezker Volksrepublik erteilt. Die Volksrepublik Lugansk werde ebenfalls teilnehmen, so DVR-Außenministerin Natalia Nikonorowa in einem Interview mit der Nachrichtenagentur [TASS](#). Sie erklärte:

"Es gibt bereits ein gewisses Verständnis dafür, welche Länder in der einen oder anderen

Form an dem Tribunal teilnehmen könnten. In erster Linie ist es unsere brüderliche Volksrepublik Lugansk. Darüber hinaus führen Vertreter der zuständigen Stellen der Russischen Föderation bereits Ermittlungen auf den Territorien der Republiken durch. Während unseres Besuchs in Syrien schlugen wir Präsident Bashar al-Assad vor, die Möglichkeit einer Beteiligung der Arabischen Republik Syrien an dem internationalen Tribunal zu prüfen, und erhielten eine vorläufige Zustimmung."

Weiter stellte Nikonorowa klar, dass eine der wichtigsten Aufgaben des Ministeriums darin bestehe, die Charta des internationalen Tribunals vorzubereiten. Sie fügte hinzu:

"Auf der Grundlage dieser Charta werden alle verfahrensrechtlichen Maßnahmen ergriffen, einschließlich der Verurteilung der Täter. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass dieses Tribunal auf der Grundlage eines internationalen Vertrags eingerichtet werden soll."



https://cdn-storage-tass.cdnvideo.ru/resize/488x326/tass_media/2022/07/07/H/1657173756020805_HRLRKnnA.jpg

Außenministerin der DVR Natalia Nikonorowa

10:30 de.rt.com: **DVR: Sieben Zivilisten innerhalb von 24 Stunden durch ukrainischen Beschuss getötet**

Innerhalb eines Tages wurden in der Volksrepublik Donezk durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte sieben Zivilisten getötet und 30 weitere verletzt. Dies teilte der Stab der territorialen Verteidigung der DVR auf seinem Telegram-Kanal mit.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination: **An den 141 Tagen seit Beginn der Eskalation am 17.02.22 wurden 232 Zivilisten getötet, darunter 16 Kinder.**

Die vollständigen Daten über getötete Zivilisten auf dem Territorium der Republik während der militärischen Spezialoperation werden noch ermittelt.

Auf dem Gebiet in den Grenzen vor Beginn der militärischen Spezialoperation wurden 1063 Zivilisten, darunter 86 Kinder, verletzt.

Auf dem während der militärischen Spezialoperation befreiten Territorium wurden 1474 Zivilisten verletzt, darunter 83 Kinder.

Insgesamt: 2535, darunter 169 Kinder.

Schäden:

- 5248 Wohnhäuser;

- 1154 zivile Infrastrukturen, darunter 66 medizinische Einrichtungen, 219

Bildungseinrichtungen, 420 soziale Objekte, 32 Objekte der kritischen Infrastruktur, 417 Objekte der Strom-, Wasser- und Gasversorgung.

Von den bewaffneten Formationen der Ukraine werden derzeit die Bezirke Kirowskij und Kujbyschewskij von Donezk, Charzysk und Makejewka beschossen.

- 634 Fahrzeuge.

Informationen zu Schäden und Zerstörungen von Wohnhäusern und zivilen Infrastrukturobjekten auf dem während der militärischen Spezialoperation befreiten Territorium können derzeit nicht wirklich ermittelt werden.
In den 141 Tagen der Eskalation hat der GZKK der DVR 5445 Fälle von Eröffnung des Feuers festgestellt, darunter 5117 mit schweren Waffen.
Insgesamt hat der Gegner 46.064 Geschosse verschiedenen Kalibers abgefeuert, darunter 31 Raketen mit operativ-taktischen Raketenkomplexen „Totschka-U“, 14 Raketen mit Mehrfachraketenwerfern BM-30 „Smertsch“, 133 Raketen mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ und 8228 Raketen mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad.“

11:05 de.rt.com: **Syrien könnte zum wichtigsten Partner der DVR auf See werden**

Im Rahmen des Handels zwischen Syrien und der Volksrepublik Donezk (DVR) werden die beiden Staaten Metalle, Maschinen, Industrie- und Landwirtschaftsgüter austauschen. Das verkündete die Außenministerin der DVR Natalia Nikonorowa gegenüber TASS. Damaskus könnte einer der wichtigsten Seehandelspartner der DVR werden, fügte sie hinzu. Nach der Befreiung von der ukrainischen Besatzung hätten die Behörden der DVR den Hafen von Mariupol wiederaufgebaut und ihn trotz der Schäden, die er durch die Kiewer Streitkräfte erlitten hat, wieder voll funktionsfähig gemacht. Nikonorowa hob hervor: "Es ist geplant, bis zum Jahresende rund eine halbe Million Tonnen an Produkten über den Hafen zu verladen."

Syrien hat als erste arabische Nation seine Absicht erklärt, die Unabhängigkeit der DVR und ihrer Schwesterrepublik, der Volksrepublik Lugansk, anzuerkennen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c67fbc48fbef6e020ddb3c.jpg>

Hafen von Mariupol

11:11 de.rt.com: **Frankreich will Stromversorgung zu 100 Prozent verstaatlichen**

Laut der französischen Premierministerin Élisabeth Borne will der Staat die vollständige Kontrolle über den Stromerzeuger Électricité de France (EDF) übernehmen. Paris besitzt schon 84 Prozent des Stromversorgers, doch Borne peilt offenbar 100 Prozent der Aktien an. Der Staat wolle die vollständige Kontrolle über Électricité de France (EDF) erlangen, erklärte die französische Premierministerin Élisabeth Borne am Mittwoch vor dem Parlament und begründete dies mit der "Notwendigkeit der Energieunabhängigkeit" angesichts des Konflikts in der Ukraine.

In ihrer Rede im Parlament sagte Borne:

"Wir müssen unsere Souveränität angesichts der Folgen des Krieges und der kolossalen Herausforderungen, die auf uns zukommen, sicherstellen. [...] Deshalb bestätige ich Ihnen die

Absicht des Staates, 100 Prozent der EDF-Aktien zu besitzen."

Und sie fügte hinzu:

"Wir müssen die volle Kontrolle über unsere Stromproduktion und -leistung haben."

Borne bekräftigte gleichzeitig das Wahlkampfversprechen von Präsident Emmanuel Macron, Frankreichs Nuklearkapazitäten auszubauen. Sie sagte, das Land werde "die erste große ökologische Nation sein, die aus den fossilen Brennstoffen aussteigt", weil Paris nicht länger "von russischem Öl und Gas abhängig sein kann".

Die EU hat seit Februar ein Embargo gegen russische Energie verhängt. Bornes Vorstoß zur Verstaatlichung des Stromversorgers wurde weithin als Annäherung an den größten Oppositionsblock in der Nationalversammlung, die 151-köpfige linke NUPES-Koalition unter der Führung von Jean-Luc Mélenchon, gesehen. Macrons eigene Ensemble-Koalition hat nur 250 der 577 Sitze und regiert derzeit als Minderheitsregierung.

Der französische Staat besitzt bereits fast 84 Prozent der EDF, während 15 Prozent in den Händen privater Aktionäre sind und das verbleibende 1 Prozent von den Mitarbeitern des Energieversorgers gehalten wird. Aus der Rede von Borne ging nicht hervor, wann die staatliche Übernahme in Kraft treten wird.

Der Kurs der EDF-Aktie war vor Bornes Ankündigung um 5 Prozent gesunken, notierte aber am Mittwoch bei Börsenschluss um 5,56 Prozent höher und verzeichnete insgesamt einen Kursanstieg von 1,86 Prozent.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c6991d48fbef6dfd1b85d8.jpg>

11:35 de.rt.com: **Verstecke ukrainischer Saboteure im Gebiet Cherson entdeckt**

Russische Strafverfolgungsbehörden haben in der Stadt Cherson und im gleichnamigen Gebiet Aufenthaltsorte ukrainischer Saboteure sowie ein Versteck mit Granatwerfern gefunden. Das berichtete eine Quelle in den Behörden gegenüber [RIA Nowosti](#).

Das [Versteck](#) sei im Rahmen operativer Ermittlungen entdeckt worden und beinhalte nach Angaben des russischen Strafverfolgungsbeamten Granatwerfer RMG, RPG-22 und RPG, 17 Granaten F-1, zwei Granaten RPG-5, sieben Granatzünder, 1.854 Patronen im Kaliber 12,7 Millimeter, 7,62 Millimeter und 5,45 Millimeter, ein Maschinengewehr AKSU und AKS-74 mit einem angebauten Granatwerfer unter dem Lauf sowie neun Schuss für den Granatwerfer WOG-25.

Darüber hinaus wurde in dem Dorf Kuibyschewo im Gebiet Cherson ein Transitpunkt für ukrainische Saboteure entdeckt.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Z78R1d73LI2Hmvloruw58tKJN3gFCpjXQc3mLBuqrk8PexVRzpNnNK9qGXoM8aneeXAP2P1jW_zujeGxJfvmQmiNhvAVjx9N_iYQNkOZzYTmd0UHgajAmS7eerTqBatf7t1nERFVAzE2UpIVQbneuGzHwJOAxBTEFuVp3kbHEq5_iRuF3k8ZJ-3MEzi1j7s_3HnalA4NPoMvXffqG8-8m2fJ5NYuXvw0Wgj-V8QU15YN2FuAV_kwQig1I3kUjjw_s4-G8c-YaeOy4fLgT7mYPweAAGUyc7-LWPnv3_8F5QO_Al6opd2GV2hlHOy5p7fEzSAorqMnwZGF0M0EPAUBXw.jpg

nachmittags:

12:00 de.rt.com: Ukrainische Truppen beschießen Michailowka in der DVR

Die ukrainischen Streitkräfte sollen das Dorf Michailowka in der Donezker Volksrepublik beschossen haben. Das berichtete die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands laut [RIA Nowosti](#).

Sie sollen um 8:10 Uhr Moskauer Zeit das Feuer aus Richtung des Dorfes Nowgorodskoje eröffnet und Geschosse des Kalibers 155 Millimeter abgefeuert haben.

Dies ist nicht der erste Beschuss vom DVR-Territorium heute Morgen – seit 5:40 Uhr beschießen die ukrainischen Truppen die Orte Donezk, Gorlowka, Jasinowataja, Mineralnoje und Jelenowka.

13:22 (12:22) novorosinform.org: Die ukrainischen Streitkräfte verloren etwa 3.000 Menschen in der Nähe von Soledar – Verteidigungsministerium

Das russische Verteidigungsministerium erklärte, dass die ukrainische Armee bei Soledar bereits mehr als 2500 Militärangehörige verloren habe.

Das Verteidigungsministerium stellte fest, dass die Streitkräfte der Ukraine im Donbass weiterhin schwere Verluste erleiden. Die 24. Mechanisierte Brigade der Streitkräfte der Ukraine habe bereits 60 % ihres Personals verloren.

Darüber hinaus wurde die 79. Luftlandeangriffsbrigade der ukrainischen Armee in der Kampfzone fast vollständig eliminiert. Ihre Verluste betrugen etwa 80 % der Stärke.

Früher wurde über die Vernichtung ukrainischer Militärs berichtet, die auf der Insel der Schlangen gelandet waren, um die Flagge zu hissen. Die Luft- und Raumfahrtkräfte der russischen Armee startete sofort einen Raketenangriff und vernichteten die meisten der Kämpfer. Die verbleibende Gruppe floh in Richtung der Siedlung Primorskoje in der Region Odessa.



https://novorosinform.org/content/images/84/68/48468_720x405.jpg

12:25 de.rt.com: **Nach Benennung zu Ehren der LVR: Britische Botschaft in Moskau erkennt neue Adresse nicht an**

Die britische Botschaft in Moskau hat sich geweigert, ihre neue Adresse nach deren Umbenennung nach der Volksrepublik Lugansk zu akzeptieren. Der Pressedienst der diplomatischen Vertretung erklärte in einem Kommentar gegenüber RIA Nowosti, dass die Botschaft die bisherige Adresse weiterhin für relevant halte, die auf ihrer offiziellen Webseite aufgeführt sei.

Am Vortag hatte der Pressedienst der städtischen Immobilienverwaltung der russischen Hauptstadt mitgeteilt, dass der britischen Botschaft in Moskau eine neue Adresse zugewiesen wurde: Platz der Volksrepublik Lugansk 1. Der Schritt folgte auf die Benennung eines namenlosen Territoriums in der Nähe der Botschaft, das seinen Namen nach den Ergebnissen einer Moskauer Online-Umfrage erhalten hatte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c689c7b480cc28de475925.jpg>

Auf halbmast gesetzte Flagge an der britischen Botschaft in Moskau am Todestag des Ehemanns von Königin Elisabeth II., Prinz Philipp, am 9. April 2021

12:50 de.rt.com: **Russischer Zoll berichtet über ständigen Beschuss von Kontrollpunkten durch Ukraine**

Die Kontrollpunkte des Föderalen Zolldienstes Russlands an der Grenze zur Ukraine werden

regelmäßig von den ukrainischen Streitkräften beschossen. Das teilte Ruslan Dawydwow, erster stellvertretender Leiter der Behörde, gegenüber [RIA Nowosti](#) mit.

Laut dem Beamten erfolgen die meisten Angriffe durch Drohnen, die Sprengstoff oder Granaten an sich tragen und dann über den Kontrollpunkten abwerfen. Er erklärte:

"Sie versuchen, in dem Moment zuzuschlagen, wenn Zivilisten – ukrainische Flüchtlinge – die Grenze überqueren. Gleichzeitig wirft uns die Ukraine vor, die Zollinfrastruktur zu zerstören."

13:15: de.rt.com: LVR meldet 71 getötete Zivilisten in der Republik seit der Eskalation im Donbass

Die LVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands [erklärte](#) am Donnerstag, dass seit Beginn der Eskalation im Donbass 71 Zivilisten getötet und 216 weitere verwundet wurden. Sie fügte hinzu, dass "drei Kinder getötet und 19 Kinder infolge des Beschusses verletzt wurden".

Nach Angaben des Büros beschossen die ukrainischen Sicherheitskräfte während der Eskalation das Gebiet der Republik 1.024-mal und feuerten insgesamt 10.362 Geschosse unterschiedlichen Kalibers ab, darunter 34 Totschka-U-Raketen. Auch die Mehrfachraketen Grad, Uragan und Smertsch kamen zum Einsatz. Insgesamt wurden 1.788 Wohngebäude in 31 Siedlungen und 155 zivile Infrastruktureinrichtungen beschädigt.

13:25 de.rt.com: Wie einst die sowjetischen Pioniere: Russland gründet neue Kinder- und Jugendbewegung

Am Mittwoch hat die russische Staatsduma einen Gesetzentwurf über eine neue Kinder- und Jugendbewegung gebilligt. Einen Namen hat die Organisation noch nicht. Die Idee eines solchen Verbandes hatte Wladimir Putin bereits im April unterstützt.

Der Gesetzentwurf war am 19. Mai 2022 eingebracht worden, dem 100. Geburtstag der sowjetischen Pioniere. Wie aus dem Gesetzestext hervorgeht, bestehen die Ziele der Bewegung darin, bei der Umsetzung von Richtlinien im Interesse von Kindern und Jugendlichen, ihrer Berufsorientierung sowie der Schaffung von Bedingungen für ihre Selbstverwirklichung zu helfen. Außerdem sollen ihnen Respekt für das Vaterland sowie Verantwortungsbewusstsein für ihr Schicksal und das ihres Landes vermittelt werden. An der Bewegung können Kinder und Jugendliche ab sechs bis 18 Jahren teilnehmen, die Mitgliedschaft soll freiwillig sein. Der Verband sollte ursprünglich Bolschaja Peremena (Die große Pause) heißen, schließlich beschlossen die Gesetzgeber aber, dass die zukünftigen Mitglieder der Organisation selbst über einen neuen Namen entscheiden sollten.

Die neue Bewegung werde in mehrere Altersgruppen eingeteilt, wie dies auch schon zu Sowjetzeiten der Fall gewesen sei, erklärte Damir Fattachow, der Vize-Leiter der Jugendagentur Rosmolodjosch, der Zeitung RBK. Weiter sagte er, dass eine genaue Nachbildung der sowjetischen Pionierorganisation heute kaum möglich sei. "Wir leben in einem anderen Land, in einer anderen Gesellschaft", so Fattachow. Auf die Frage, wie viele Kinder die Bewegung anlocken wolle, sagte er, die potenzielle Zahl liege bei über 18 Millionen. Doch ob dies möglich würde, hänge davon ab, wie attraktiv die Bewegung sein werde. Ihm zufolge sollte ein Kind die Möglichkeit haben, einmal in die Bewegung einzusteigen und dann ihre verschiedenen Stufen problemlos zu durchlaufen. Kinder unter 14 Jahren werden nur mit Zustimmung der Eltern beitreten dürfen. Die ersten Einrichtungen werden voraussichtlich in Schulen gebildet.

Artjom Metelew, Mitverfasser des Gesetzentwurfs und Vorsitzender des Duma-Ausschusses für Jugendpolitik, sagte, die landesweite Bewegung werde "die absolute Mehrheit der Schulkinder und Studenten erreichen und Millionen von Kindern helfen, einen Sinn im Leben zu finden".

Die Initiative muss nun vom russischen Oberhaus gebilligt und von Präsident Wladimir Putin

unterzeichnet werden, damit sie in Kraft treten kann. Dies gilt als sicher, denn die Idee einer solchen Bewegung, die alle Kinder und Jugendliche vereinen soll, hatte der russische Präsident Wladimir Putin bereits im April bei einem Treffen mit Schulkindern unterstützt. Er soll auch den Vorsitz im Aufsichtsrat übernehmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c6bb72b480cc0c56725650.jpg>

18. Mai 2014: Kinder auf dem Roten Platz bei der feierlichen Einweihung in die kommunistische Jugendgruppe "Junge Pioniere"

13:40 de.rt.com: **Polnischer Politiker: NATO wird Polen im Falle eines Krieges mit Russland nicht helfen**

Die NATO-Verbündeten werden Warschau nicht zu Hilfe kommen, wenn es von sich aus Truppen in die Ukraine schickt und es zu direkten militärischen Zusammenstößen mit Russland kommt. Darauf wies der ehemalige polnische Sejm-Abgeordnete Mateusz Piskorski gegenüber dem Portal Ukraina.ru hin.

Die Idee Warschaus, Truppen unter dem Deckmantel einer friedenserhaltenden Mission in das Gebiet der ehemaligen Sowjetrepublik zu entsenden, werde nicht einmal von Polens engsten Verbündeten unterstützt, stellte er fest.

Der Politiker erinnerte daran, dass die Gefahr für Warschau darin bestehe, dass Russland seine spezielle Militäroperation in der gesamten Ukraine durchführe und die Einführung polnischer Truppen, wenn auch nur in die westlichen Regionen des Landes, einen offenen Konflikt mit Moskau bedeuten würde. Piskorski erklärte:

"Wie würde ein solcher Konflikt ausgehen, wenn man bedenkt, dass niemand die Polen besonders schützen würde? Ich meine die NATO-Partner. Sie würden diesen Beitrag nur als Initiative Polens, nicht aber der NATO wahrnehmen. Polen würde in einen echten Krieg mit Russland geraten, auf dem Territorium der Ukraine und als Folge seiner eigenen militärischen Aktionen. Wenn also die Entsendung eines Kontingents in die Ukraine ohne die Zustimmung der amerikanischen und britischen Vorgesetzten der polnischen Behörden stattfinden würde und diese es auf eigene Faust tun würden, kann man nicht erwarten, dass irgendjemand Polen in irgendeiner Weise hilft."

Er fügte hinzu, dass er die Entsendung polnischer Truppen in die Ukraine erst für möglich hält, wenn Washington und London eine entsprechende Entscheidung treffen. Zugleich betonte der Politiker, dass eine solche Entwicklung nicht ausgeschlossen werden könne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c68fb948fbef6d6e53d637.jpg>

Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki und der Minister für Nationale Verteidigung Mariusz Błaszczak posieren für ein Foto mit Soldaten der multinationalen NATO-Kampfgruppe eFPon auf dem Übungsplatz Orzysz in Polen

14:05 de.rt.com: **Medienbericht: Denkmal zum 300. Jahrestag der Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland in der Nähe von Kiew abgerissen**

Die Behörden der Stadt Perejaslawl im ukrainischen Gebiet Kiew haben angeordnet, das Denkmal zum 300. Jahrestag der Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland aus dem Baujahr 1961 abzutragen. Dies berichtete das ukrainische Nachrichtenportal Strana.ua auf seinem Telegram-Kanal. Lokale Medien [veröffentlichen](#) auch Bilder des demontierten Monuments.

Im Mai hatte der Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt, Witali Klitschko, die Pläne der Regierung angekündigt, etwa 40 Denkmäler abzureißen, die in Verbindung mit Russland stehen. Laut Klitschko sollen sie daraufhin an das Museum des Totalitarismus übergeben werden, dessen Projekt sich derzeit in der Entwicklung befinde.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/lhVSRoHEEJnoaRlN3GTzIB_ku0X3ap_9MNP3GuYu8PrUHQRU7JOYQNB4LYPQzA70SminK52Mb0S7a7yIqKz1aupbNO54-Ug6yso6F6IO0WloTQyH6psWhfL2flwQFP3HupX97DVTcFuyKXdLGuH3bwWn9qVRGz-uBy2M38mK0Vga8zJUatERtRSmzYrllouak6wLbfAldurvNE-yzXL380xg6UVIzR_9p4CBdt5AjcWyB35087Gl-lO38o6dlgmrl-b6JKPwCvVdt027MaMBdJAcXnfzEp79sG5AZBBOIJLeNJX9J_JCUNJ80nSOUND-LMQUT6JuluuuUVWCYJCNQ.jpg

14:30 de.rt.com: **LVR stellt niedrige Moral der Kiewer Streitkräfte in Artjomowsk fest**
Eine Inspektion durch die ukrainische Führung der in Artjomowsk stationierten ukrainischen Streitkräfte habe eine niedrige Moral bei den Soldaten festgestellt. Darauf wies Andrei Marotschko, ein Offizier der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik (LVR), am Donnerstag gegenüber [TASS](#) hin. Er berief sich dabei auf Daten des Verteidigungsnachrichtendienstes der Republik.
Bei der Inspektion sei außerdem ein Mangel an Waffen und Ausrüstung festgestellt worden.

14:55 de.rt.com: **Russische Streitkräfte unterbinden Versuch ukrainischer Truppen, ukrainische Flagge auf Schlangeninsel aufzustellen**
Die russische Luftwaffe hat das ukrainische Militär daran gehindert, die ukrainische Flagge auf der Schlangeninsel aufzustellen. Dies teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, bei einem Briefing am Donnerstag mit.
Demnach versuchte Kiew inmitten militärischer Misserfolge und eines massiven Rückzugs ukrainischer Truppen im Donbass in der Nacht zum 7. Juli, symbolisch eine ukrainische Flagge auf die Schlangeninsel zu transportieren. Gegen 5 Uhr morgens seien mehrere ukrainische Soldaten mit einem Motorboot auf der Insel gelandet und hätten Fotos mit der Flagge gemacht. Daraufhin habe ein Flugzeug der russischen Luftstreitkräfte eine Präzisionsrakete auf die Schlangeninsel abgefeuert, wodurch ein Teil ukrainischer Militärs vernichtet worden seien, berichtete der Sprecher der russischen Militärbehörde ferner. Die überlebenden Kämpfer seien durch den Angriff von der Insel in Richtung der Siedlung Primorskoje im Gebiet Odessa vertrieben worden, so Konaschenkow.



<https://cdn1.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c6c77d48fbef020553cf04.jpg>
Ukrainische Soldaten beim Hissen der ukrainischen Flagge auf der Schlangeninsel, 7. Juli 2022

16:12 (15:12) novorosinform.org: **Die USA exportierten die ukrainische Sammlung von Mikroorganismen nach Amerika**

Russland erhielt Zugang zu einem Bericht über die Aktivitäten der US Defense Threat Reduction Agency von 2005 bis 2016.

Generalleutnant Igor Kirillow, Leiter der Strahlenschutz-, chemischen und biologischen Verteidigungskräfte der russischen Streitkräfte, teilte mit, dass die ukrainische nationale Sammlung von Mikroorganismen und biologischen Labors nach Amerika gebracht worden sei.

Er erläuterte, dass diese Informationen im Abschlussbericht über die Aktivitäten des Büros zur Reduzierung von Bedrohungen des US-Verteidigungsministeriums zu finden seien, zu dem Russland während der Sonderoperation Zugang erhalten habe.

Der Bericht setzte mehrere Ziele für die Behörde. Dazu gehören eine Bewertung der biologischen Situation und die Untersuchung besonders gefährlicher und wirtschaftlich bedeutsamer Infektionen, die zu einer Verschlechterung der epidemiologischen Gesamtlage führen können.

Darüber hinaus heißt es in dem Bericht, dass die Kosten der Aktivitäten des Pentagon in diesem Bereich in der Ukraine seit 2005 250 Millionen Dollar überschritten hätten.

15:25 de.rt.com: **Russisches Militär verhindert Terroranschläge in Cherson**

Das russische Militär hat eine verdeckte Sabotage- und Aufklärungsgruppe der Spezialeinsatzkräfte SSO der ukrainischen Streitkräfte ausgehoben, die Terrorangriffe gegen die russischen Truppen und die Führung der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets Cherson in der Regionalhauptstadt geplant haben soll. Dies teilte eine Quelle in den Sicherheitskräften gegenüber RIA Nowosti mit. Die Quelle fügte hinzu:

"Die Namen der Täter und der Auftraggeber sind bereits bekannt."

Demnach wurde die Gruppe von Saboteuren bereits im Jahr 2014 gegründet und unter Aufsicht von Experten aus NATO-Ländern ausgebildet. Einen Monat nach Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine sei das Netzwerk wieder aktiv geworden mit dem Auftrag, Sabotageakte in der Stadt Cherson zu verüben, hieß es.

Die Kämpfer selbst gaben zu, dass sie den Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets Cherson, Wladimir Saldo, und dessen Stellvertreter Kirill Stremoussow töten wollten. Der Anführer der Gruppe, Witali Rostezki, bestätigte außerdem, dass die Aktivitäten des Netzwerks persönlich von Präsident Wladimir Selenskij angeleitet worden seien.

15:50 de.rt.com: **Litauen lehnt die Einrichtung "grüner Korridore" mit Kaliningrad ab**
Vilnius lässt die Möglichkeit sogenannter "grüner Korridore" für den Transit russischer Waren in das Kaliningrader Gebiet nicht zu. Das verkündete die Beraterin des litauischen Präsidenten Asta Skaisgirytė laut [RIA Nowosti](http://ria.nowosti) im nationalen Radio und Fernsehen. Sie erklärte:

"Litauens Politik besteht bisher darin, die Durchfuhr sanktionierter Waren zu verbieten und Kontrollen durchzuführen. Das Moment der Kontrolle muss unbedingt erhalten bleiben, und wenn jemand öffentlich über grüne Korridore spricht, kann es nicht sein, dass nicht kontrolliert wird, was wo und warum auf seinem Gebiet passiert."

Die Präsidentenberaterin betonte, dass die litauischen Diplomaten derzeit mit der EU-Kommission den Text eines künftigen Dokuments zur Erläuterung des Transits erörtern. Vilnius hat seit dem 18. Juni den Transit von Waren, die den EU-Sanktionen unterliegen, in das Kaliningrader Gebiet gestoppt: Baumaterialien, Metalle, Holz, Zement, Düngemittel, Alkohol, Kaviar und andere Warenkategorien – insgesamt etwa 50 Prozent des gesamten Transits.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c6be5448fbef6d414ce408.jpg>

16:56 (15:56) novorosinform.org: **BRD untersuchte Stämme des Krim-Kongo-Fiebers in der Ukraine**

Deutsche Experten haben in der Ukraine pathogene Stämme des Krim-Kongo-Fiebers untersucht, teilte das russische Verteidigungsministerium mit.

Die Länder der Nordatlantischen Allianz nutzten die Ukraine als Testgelände für biologische Waffen. Dies erklärte der Leiter der Strahlen-, Chemie- und Bioschutztruppen der russischen Streitkräfte, Igor Kirillow.

Deutschland interessierte sich für Stämme des Krim-Kongo-Fiebers, da die Letalität der Krankheit 30 Prozent erreichen kann. Seine Ausbrüche erfordern ernsthafte Behandlungs- und Präventionsmaßnahmen.

Kirillow fügte hinzu, dass deutsche Militärbiologen ein groß angelegtes Screening der Anfälligkeit der Bevölkerung ukrainischer Städte für das Krim-Kongo-Fieber durchgeführt hätten. Ihm zufolge wurde die Arbeit unter dem Deckmantel der Verbesserung des medizinischen Systems der Ukraine durchgeführt.



https://novorosinform.org/content/images/84/90/48490_720x405.jpg

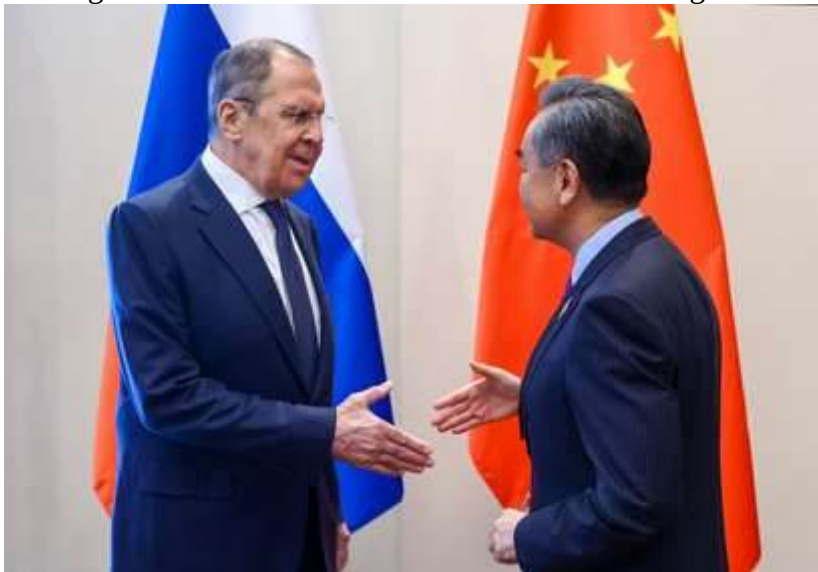
16:30 de.rt.com: **Sergei Lawrow und Wang Yi tauschen sich beim G20-Gipfel über Russlands militärische Sonderoperation in der Ukraine aus**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat seinen chinesischen Amtskollegen Wang Yi bei einem Treffen am Rande des G20-Außenministertreffens in Indonesien über den Verlauf der russischen Militäroperation in der Ukraine informiert. Das russische Außenamt teilte laut [TASS](#) in einer Erklärung am Donnerstag mit:

"Besondere Aufmerksamkeit wurde der Situation in der und um die Ukraine gewidmet. Lawrow unterrichtete seinen chinesischen Amtskollegen über die Umsetzung der Hauptaufgaben der militärischen Sonderoperation der russischen Streitkräfte, die auf den Schutz der Zivilbevölkerung im Donbass, die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine abzielt. Die Minister tauschten ihre Einschätzungen zu den Maßnahmen der westlichen Länder im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt aus. Beide Seiten betonten die Unzulässigkeit der Einführung unrechtmäßiger einseitiger Sanktionen unter Umgehung der UNO."

Bei den Gesprächen äußerten die beiden Chefdiplomaten ihre Zufriedenheit über die enge Koordinierung der beiden Länder bei den UN-Plattformen, auch zum Thema der Reform der Organisation. In der Erklärung hieß es dazu:

"Die Minister betonten, dass Russland und China trotz der schwierigen geopolitischen Lage ihre strategische Zusammenarbeit weiter ausbauen und in der absoluten Mehrheit der erörterten Fragen gemeinsame oder sehr ähnliche Standpunkte vertreten. Außerdem bestätigten sie die Bereitschaft zur weiteren Vertiefung der außenpolitischen Koordinierung."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c6c2fab480cc0ba23529ab.jpg>

16:54 de.rt.com: **"Das ist Völkermord": US-Pharmakonzern stoppt Krebsbehandlung russischer Patienten**

Das amerikanische Pharmaunternehmen Bristol-Myers Squibb will Krebs-Medikamente vernichten, die für die Durchführung klinischer Studien in Russland bestimmt sind. Dies wird Patienten, die an solchen Studien teilnehmen, hart treffen.

Das US-Pharmaunternehmen Bristol-Myers Squibb (BMS) will sich nicht nur vom russischen Markt zurückziehen, sondern auch alle Krebsmedikamente vernichten, die derzeit in klinischen Studien verwendet werden, berichtet das Fachportal Medwestnik. Krebspatienten, die an solchen Studien teilnehmen, müssen ihre Therapie abbrechen. Für manche wäre dies ein Todesurteil, so Irina Borowowa, die Präsidentin von Zdravstvuj, einer Vereinigung von Krebspatienten in Russland. Gegenüber Medwestnik erklärte sie:

"Ich habe das BMS-Büro in Russland angerufen und sie gebeten, die Medikamente hier zu lassen, weil es unmenschlich ist, kranken Menschen die Hoffnung zu nehmen. Diese Haltung widerspricht der Unternehmenspolitik, denn das ist schlichtweg Völkermord."

Die Vereinigung habe sich zudem mit einer Beschwerde gegen BMS an die Europäische Koalition der Krebspatienten (ECPC) gewandt, so Irina Borowowa. Laut der Präsidentin der Vereinigung, hätten bereits einige namhafte medizinische Einrichtungen in Russland

Probleme mit dem amerikanischen Pharmakonzern gemeldet – wie zum Beispiel das Blochin-Onkozentrums der Russischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften. Der Pressedienst des Petrow-Onkologie-Forschungszentrums bestätigte gegenüber Medwestnik ebenfalls, dass das Zentrum von dem Unternehmen die Anweisung erhalten habe, alle für die Krebstherapie bestimmten Arzneimittel zu vernichten. Zurzeit seien die Ärzte damit beschäftigt, Patienten, die an den Studien teilgenommen haben, auf die Standardtherapie umzustellen. Aus dem Forschungszentrum hieß es:

"Dies ist sehr enttäuschend, da die große Mehrheit der Teilnehmer gut auf die Behandlung ansprach."

Das US-amerikanische Unternehmen Bristol-Myers Squibb hatte bereits im Jahr 2016 das Medikament Opdivo in Russland angemeldet. Das Arzneimittel ist zur Behandlung von drei Tumorarten bestimmt und kann vor allem bei geschwächten und älteren Patienten erfolgreich eingesetzt werden. Nach den Angaben von Medwestnik seien im Jahr 2021 in Russland 266.800 Einheiten von Opdivo im Wert von 18,4 Milliarden Rubel (rund 280 Millionen Euro) verkauft worden.

Bristol-Myers Squibb war seit dem Jahr 1995 in Russland tätig und ist nun das erste westliche Pharmaunternehmen, das den russischen Markt verlässt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c69e65b480cc25916b77da.jpg>

16:55 de.rt.com: **Staatsduma-Sprecher Wolodin macht Boris Johnson für Beschuss russischer Städte verantwortlich**

Der Vorsitzende der russischen Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin hat dem scheidenden britischen Premierminister Boris Johnson vorgeworfen, Hintermann des Beschusses friedlicher russischer Städte wie Belgorod und Kursk zu sein. Damit reagierte er am Donnerstag auf Johnsons Ankündigung seines Rücktritts als britischer Premierminister und Vorsitzender seiner Konservativen Partei. Wolodin schrieb auf seinem Telegram-Kanal: "Boris Johnson steckt hinter dem Beschuss unserer friedlichen Städte – Belgorod, Kursk. Die Untertanen Großbritanniens sollten das wissen."

Der Duma-Sprecher bezeichnete Johnson außerdem als einen der Hauptideologen des "Krieges gegen Russland bis hin zum letzten Ukrainer". Er appellierte auch an die europäischen Staats- und Regierungschefs, sich Gedanken darüber zu machen, wohin eine solche Politik führe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c6d53248fbef020553cf1a.jpg>

17:25 de.rt.com: **Russische Nationalgarde entdeckt und vernichtet in LVR 26 Drohnenbetreiber in 24 Stunden**

Die Truppen der Russischen Nationalgarde (Rosgwardija) haben in den letzten 24 Stunden 26 Drohnenbetreiber in der LVR aufgespürt und mehr als 36.000 Schuss Munition beschlagnahmt. Das [teilte](#) der Pressedienst der Behörde der Nachrichtenagentur TASS am Donnerstag mit.

Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass der Kommandeur der Rosgwardija-Gruppierung in der Volksrepublik Lugansk staatliche Auszeichnungen an Soldaten und Mitarbeiter überreicht habe.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 7. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 21 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

In Mariupol wurden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Objekten und Kommunikationsleitungen durchgeführt.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 4000 Menschen.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 25 Hektar Territorium und 12.200 Quadratmeter Gebäude untersucht und 93 explosive Objekte entschärft.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:55 de.rt.com: **DVR erwartet schnelleres Vorstoßtempo nach der Einnahme des Donbass**

Der erste Stellvertreter des Informationsministers der Donezker Volksrepublik Daniil Bessonow hat die Einschätzung geäußert, dass die ukrainische Verteidigung im Donbass erheblich geschwächt sei. Nach der zu erwartenden Einnahme des Donbass würden die verbündeten Streitkräfte Russlands und der Donbassrepubliken in einem schnelleren Tempo vorstoßen, so Bessonow. Er sagte in einer Fernsendung des russischen *Perwy kanal*:

"Ihre Verteidigung bricht zusammen, denn ihre Verluste sind kolossal. Und wenn wir sie im Donbass schlagen, glaube ich, dass wir viel schneller vorangehen werden."

abends:

18:10 de.rt.com: Palästinenserpräsident Abbas trifft in Algerien zum ersten Mal seit Jahren Hamas-Chef

Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas hat sich zum ersten Mal seit Jahren öffentlich mit Hamas-Chef Ismail Haniyya getroffen. Die rivalisierenden Gruppen unternahmen in den vergangenen Jahren mehrere erfolglose Versuche zur Versöhnung.

Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) Mahmud Abbas hat sich zum ersten Mal seit mehr als fünf Jahren öffentlich mit Ismail Haniyya, dem politischen Chef der Hamas, getroffen. Das Treffen fand am Dienstag in Algeriens Hauptstadt Algier am Rande des 60. Jahrestages der Unabhängigkeit des Landes in Anwesenheit des algerischen Präsidenten Abdelmadjid Tebboune statt.

Das algerische Staatsfernsehen bezeichnete das Treffen als "historisch", wobei keine Einzelheiten des Gesprächs zwischen Abbas und Haniyya veröffentlicht wurden. Die beiden großen palästinensischen Parteien – Fatah und Hamas – sind seit bürgerkriegsähnlichen Gefechten zwischen den beiden Organisationen im Jahr 2007 tief gespalten. Im Verlauf der Kämpfe gewannen die Milizen der Hamas militärisch die Oberhand über den Gazastreifen, der zu den palästinensischen Autonomiegebieten gehört.

Die rivalisierenden Gruppen unternahmen in den vergangenen Jahren mehrere erfolglose Versuche zur Versöhnung. Hochrangige Vertreter von Fatah und Hamas trafen sich in Hauptstädten der Region und unterzeichneten gelegentlich sogar Vereinbarungen. Die letzte große Gesprächsrunde fand 2020 statt. Haniyya und Abbas waren zuletzt im Oktober 2016 in der katarischen Hauptstadt Doha persönlich zusammengetroffen. In den vergangenen Monaten beherbergte Algerien mehrere palästinensische Delegationen, um zu versuchen, die innerpalästinensische Aussöhnung wiederzubeleben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c6d390b480cc0bac7368c8.jpg>

Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas, Algeriens Präsident Abdelmajid Tebboune und der Chef der palästinensischen Hamas Ismail Haniyya kommen am 5. Juli zum 60. Jahrestag der Unabhängigkeit Algeriens in der Hauptstadt Algier zusammen.

18:25 de.rt.com: Russlands Verteidigungsministerium: USA erweitern Biowaffen-Kapazitäten unter Umgehung internationaler Verträge

Auf Grundlage einer Analyse von Dokumenten zu den militärisch-biologischen Aktivitäten der USA auf dem Gebiet der Ukraine hat das Oberhaupt der russischen ABC-Abwehrtruppen, Generalleutnant Igor Kirillow, die USA beschuldigt, ihre Kapazitäten im Bereich der Biowaffen zu erweitern und dabei internationale Abkommen zu umgehen.

Kirillow wies darauf hin, dass die USA an einer faktenbasierten Untersuchung von chemischen und biologischen Zwischenfällen nicht interessiert seien und ihre Verteidigung stattdessen auf die "Manipulation der öffentlichen Meinung und aggressiven Gegenanschuldigungen" aufbauen würden. Seit dem Koreakrieg habe sich die Strategie der USA zur Vergrößerung des eigenen Biowaffen-Potentials unter Umgehung internationaler Abkommen nicht verändert, so Kirillow.

19:00 de.rt.com: **Bauernproteste in den Niederlanden: Polizei schoss auf 16-Jährigen – Proteste spitzen sich zu**

Bei den Bauernprotesten in den Niederlanden schossen Polizisten auf einen 16-Jährigen. Die Polizei behauptete, dieser sei mit einem Traktor auf sie zugefahren. Ein nun aufgetauchtes Video zeigt, dass dies gelogen ist.

Bei den Bauernprotesten in den Niederlanden hat die Polizei auf einen Teilnehmer geschossen (RT DE [berichtete](#)). Nun kam heraus, dass der Betroffene erst 16 Jahre alt war. Zunächst hieß es von der Polizei, ein Traktor sei auf die Polizisten zugefahren, die Beamten hätten demnach "in Notwehr" schießen müssen. Doch jetzt zeigen neu aufgetauchte und mittlerweile auch verifizierte [Videos](#) von dem Vorfall, dass es sich dabei um eine Lüge handelt.

In den Videoaufnahmen ist deutlich zu sehen, dass der Fahrer langsam und mit ausreichend Abstand an den Polizisten vorbeifährt. Erst als er sie bereits passiert hatte, eröffneten die Polizisten das Feuer. Nach Behördenangaben prüft die Polizei den Vorfall nun intern. Die niederländische Zeitung *De Gelderlander* [sprach](#) mit dem betroffenen 16-jährigen Jouke Hospes. Er sagte:

"Auf den Bildern ist ganz klar zu sehen, dass ich nichts falsch mache. Ich habe Glück, dass ich überlebt habe."

Robert Snorn, der Anwalt des Jugendlichen, erklärte, der Jugendliche habe die Proteste verlassen wollen und "keinerlei Absicht" gehabt, "vor der Polizei zu fliehen oder sich einer Kontrolle zu entziehen". Berichten zufolge wurde der Traktor des 16-Jährigen getroffen, demnach ist ein Projektil in das Gitter der Fahrerkabine eingeschlagen.

Nach der Schussabgabe wurde Hospes von der Polizei gestoppt und in Handschellen auf die Polizeiwache gebracht. Mittlerweile ist er wieder frei, seine Familie will die Polizisten nun wegen versuchten Totschlags anzeigen und fordert zudem Entschädigungszahlungen. Wie die Zeitung *De Volkskrant* berichtet, entlädt sich mittlerweile eine "Welle der Wut" nach den Schüssen auf den 16-Jährigen. Mehrere [wütende Bauern](#) hatten vor dem Gefängnis in Leeuwarden protestiert, in denen der 16-Jährige einsaß. An vielen Orten in den Niederlanden entzündeten Landwirte zudem Strohballen und Abfallcontainer als Mahnfeuer.

Seit mehr als zwei Wochen protestieren Bauern gegen geplante Umweltauflagen. Den Plänen der Regierung zufolge soll in 131 Gebieten der Stickstoffausstoß um bis zu 70 Prozent gesenkt werden. Aufgrund intensiver Viehhaltung sind diese seit Jahrzehnten in den Niederlanden zu hoch. Die Reformen dürften die Landwirtschaft hart treffen: Für die Bauern würde dies bedeuten, dass sie ihren Viehbestand um mindestens 30 Prozent reduzieren müssen. Die Niederlande zählen zu den größten Agrarexporturen der Welt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c6f65948fbef3c1658837c.jpg>
Bauernproteste in den Niederlanden (4. Juli 2022)

19:00 de.rt.com: **Moldaus Ex-Präsident hält Waffenlieferungen an Ukraine über moldawisches Gebiet für möglich**

Igor Dodon, der ehemalige Präsident der Republik Moldau, hat erklärt, dass die gegenwärtige Regierung in Chișinău möglicherweise Waffen über das Staatsgebiet des Landes in die Ukraine transportieren lässt. In einer Sendung des Fernsehkanals Publika TV sagte er: "Jeden Tag fahren hunderte von geschlossenen Wagen durch Moldau in die Ukraine. Ich schließe nicht aus, dass sich darin Waffen für die Ukraine befinden könnten. Das ist sehr gefährlich, weil uns niemand fragt und wir dadurch zum Teilnehmer der Kriegshandlungen in der Ukraine werden."

Dodon fügte hinzu, dass die Sicherheit Moldaus nicht durch Russland, sondern durch die provokante Politik der gegenwärtigen Regierung bedroht sei:

"Moldaus Regierung nimmt am ganzen antirussischen Wahnsinn teil. Sie tätigt antirussische Äußerungen, verbietet alles Russische, ermöglicht die logistische Unterstützung der ukrainischen Armee vom Territorium Moldaus aus und ich bin sicher, dass sich darin [in den Wagen] nicht nur Dieseltreibstoff befindet."

Der Ex-Präsident forderte statt "Kriegsvorbereitungen" schnellstmögliche Verhandlungen mit Russland. Die Plattform dafür bestehe bereits in Form der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten sowie der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Igor Dodon hatte das Amt des Präsidenten Moldaus in den Jahren 2016 bis 2020 bekleidet und sich währenddessen für einen neutralen Status seines Landes eingesetzt. Gegenwärtig befindet er sich unter Hausarrest.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c70ccf48fbef7fe93d02f8.jpg>

Igor Dodon während seiner Amtszeit als Präsident der Republik Moldau, Aufnahme vom 16. November 2020

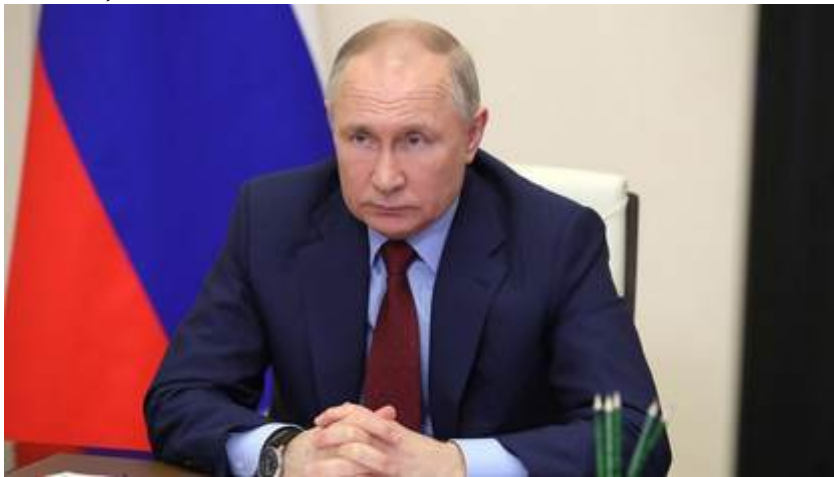
20:36 (19:36) ria.ru: **An der sozialistischen Idee sei nichts auszusetzen, sagte Putin**

An der sozialistischen Idee sei nichts auszusetzen, die Frage sei, wie man die Wirtschaft fülle, sagte der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit den Führern der Fraktionen der Staatsduma.

„An der sozialistischen Idee ist nichts auszusetzen. Die Frage ist der Inhalt: Was ist zu füllen, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich? In einigen Ländern gibt es Erweiterungen, sie sind mit marktwirtschaftlichen Regulierungsformen verflochten und so weiter. Und es funktioniert ziemlich effektiv. Man muss schauen“, sagte Putin.

Der Präsident stellte fest, dass es notwendig sei, die Frage zu lösen, „wo und in welchem Umfang der Staat beteiligt sein soll“ und „wie er seine Aktivitäten im Wirtschaftsbereich regeln sollte“.

Der Präsident stellte fest, dass alle diese "Auflösungen" gefunden werden könnten, wenn man versteht, was die Interessen der Menschen und des Landes sind.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/04/0c/1783086041_0:104:3096:1846_1280x0_80_0_0_e706697a98bfd0018f4750ebd0518290.jpg

19:50 de.rt.com: **Denkmalschändung, Verzweiflungstaktik oder Entkommunisierung? Ukrainische Truppen holen Weltkriegs-Panzer vom Sockel**

Ein als Denkmal aufgestellter sowjetischer Panzer soll in Lissitschansk durch ukrainische Militärangehörige vom Sockel genommen und etwa einen Kilometer weit abgeschleppt worden sein. Dies berichteten Angehörige der Lugansker Volksmiliz sowie lokale Bewohner dem Kanal Anna-News.

Der Panzer vom Typ [T-34/85](#), der von der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg eingesetzt worden war, stand – wie in zahlreichen anderen postsowjetischen Städten – auf einem Lissitschansker Platz als Denkmal auf einem Sockel, um der Befreiung der Stadt von den Nazis im Jahr 1943 zu gedenken. In dem von Anna-News veröffentlichten Video zeigen die Interviewten den leeren Sockel und die davon wegführenden Kettenspuren. Ein einheimischer Junge berichtete:

"Sie sagten, der Panzer gehöre zur 'russischen Welt' und das sei Dekommunisierung."

Am Ende des [Videos](#) ist schließlich der Panzer selbst zu sehen, der etwa einen Kilometer entfernt auf einer Straße zurückgelassen wurde. Ob ukrainische Truppen beabsichtigten, ihn im Kampf zu verwenden – was zu Beginn des Konflikts im Donbass bereits vorgekommen war –, ist unklar.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Os_mAY0ATE6bLCcXaU2bg0XDIR49eD9T8ZO4DBGF9XalbIgn2E_iwsMnFvy3g2JW8rik4tEhYsszcX6dbnhUIaOhh2wnb79eELIVhII-Meug4Mh5VKo9HWJzCAuFH8l7EldFBw_V2I9XrcWkEluXby9QNZnhMTfh_sOxjlg1fbR1ebY0TYQsCXZmIHJiFkLUVbezt0x0v-4CA-b12CtDDdF-vTGf2v7DUCiDIwX-aBeBk-Oi6clSwprisRhs_Pzqwet2Rz6dfdg17mAFXbsdutMxC3RYj0vLD7lFkFIxq6Etdvz2PHEdvP3GassUC358olmuySl_8h9moDw-j81Q

20:25 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Swetlodarsk – drei Zivilisten verwundet**

Wie das Gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordination der Donezker Volksrepublik meldete, haben die ukrainischen Streitkräfte die Stadt Swetlodarsk unter Feuer genommen. Es handelt sich bereits um den zweiten Beschuss am heutigen Donnerstag. Drei Zivilisten wurden verletzt.

Insgesamt feuerte das ukrainische Militär bei den beiden Angriffen mindestens 230 Geschosse auf das Gebiet der DVR ab, darunter Raketen des Raketenwerfers BM-21 Grad sowie Artilleriegeschosse der Kaliber 155, 152 und 122 mm.

20:33 de.rt.com: **Im Hinterhof der USA: Russland, China und Iran planen gemeinsame Militärübung in Lateinamerika**

Russland, China und Iran wollen Berichten zufolge im August an einer gemeinsamen Militärübung in der Karibik-Region teilnehmen. Damit wollen sie eine Botschaft an die USA senden, dass Lateinamerika eine multipolare Gestalt annimmt, und sich von der unipolaren Welt der US-Amerikaner befreien.

Laut einem Bericht des Thinktanks "Center for a Secure Free Society" soll Venezuela unter der Führung von Nicolás Maduro eine groß angelegte Militärübung Mitte August in der Region ausrichten – zusammen mit zehn weiteren Staaten. Das lateinamerikanische Land drängt angesichts der zunehmenden Spannungen mit dem Westen längst auf engere Beziehungen zu den östlichen Verbündeten. Unter den beteiligten Ländern befinden sich die Haupttrivalen des Westens auf geopolitischer Ebene: Russland, China und Iran wollen ihre Militärausrüstungen für Übungen in die westliche Hemisphäre verlegen, heißt es im Bericht. Darin heißt es weiter, dass der Wettbewerb ein "strategischer Schachzug ist", der darauf abziele, militärische Mittel in Lateinamerika und der Karibik zu stationieren. Venezuela, Russland, China und Iran bereiten sich darauf vor, eine Botschaft zu senden, dass Lateinamerika dabei sei, eine multipolare Gestalt anzunehmen, und sich von der unipolaren Welt der US-Hegemonie zu befreien.

Die USA haben in den letzten Jahren unter verschiedenen fadenscheinigen Vorwänden einseitige Sanktionen gegen Iran, Venezuela, Russland und China verhängt, was die Länder dazu veranlasst hat – insbesondere seit der russischen Sonderoperation in der Ukraine –, eine neue Front aufzubauen, die darauf abzielt, dem US-Sanktionsregime entgegenzuwirken. Die vier Verbündeten haben im Zuge der westlichen Sanktionen den Weg eingeschlagen, die

Beziehungen in verschiedenen Bereichen zu stärken, um gegen die unipolare Welt und US-Hegemonie vorzugehen.

Seit der Verhängung der historisch beispiellosen Sanktionen des Westens gegen Russland im Zuge des Ukraine-Krieges rücken Russland, China und Staaten des globalen Südens enger zusammen. In diesem Kontext hielten die BRICS-Staaten vor Kurzem ihr 14. BRICS-Gipfeltreffen als ein Gegenmodell zur Staatengruppe G7 ab. Die Organisation BRICS positioniert sich immer stärker als Alternative zur bisherigen US-dominierten Weltwirtschaftsordnung, die den globalen Süden systematisch benachteiligt.

Die aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bestehende Vereinigung BRICS zählt mittlerweile zu den bedeutendsten internationalen Strukturen. Im Zuge der NATO-Erweiterung in Europa und der drohenden Ausdehnung dieser transatlantischen Militärallianz in anderen Teilen der Welt bauen China und Russland sowie Iran nun offenbar ihre Militärkooperation aus.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c6bed9b480cc0bac7368a4.jpg>
Iranische und russische sowie chinesische Kriegsschiffe bei einer gemeinsamen Militärübung im Indischen Ozean am 21. Januar 2022

20:55 de.rt.com: **Sprecher der Staatsduma Wolodin: russischer Militäreinsatz in der Ukraine hat Katastrophe verhindert**

Bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin erklärte der Sprecher der Staatsduma, Wjatcheslaw Wolodin, dass die Entscheidung Russlands über den Beginn des Militäreinsatzes in der Ukraine eine Katastrophe abgewendet habe. Wörtlich sagte er:

"Meine Kollegen werden mir zustimmen, wenn ich im Namen aller Abgeordneten für die Entscheidung danke, die Donezker und die Lugansker Volksrepublik anzuerkennen und einen Militäreinsatz im Donbass zu beginnen. Wir alle glauben, dass dadurch eine humanitäre Katastrophe und der Tod einer großen Anzahl von Menschen abgewendet wurde."

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte zuvor die Militäroperation in der Ukraine unter anderem mit dem Schutz der Bevölkerung im Donbass begründet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c725b3b480cc60585725bd.jpg>

21:56 (20:56) ria.ru: **Sjuganow hielt ein separates Treffen mit Putin ab**

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Sjuganow hielt ein separates Treffen mit Putin ab und besprach mit ihm dringende Probleme

Der Vorsitzende der KPRF, Gennadi Sjuganow, erklärte gegenüber RIA Novosti, er habe ein separates Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin abgehalten, bei dringende Fragen besprochen worden seien. "Wir (die beiden) haben uns vor diesem Treffen mit dem Präsidenten getroffen . In den letzten (Tagen), nicht heute. Es wurden eine Menge Fragen aufgeworfen. Wir haben anderthalb Stunden lang über alle Probleme gesprochen", sagte Sjuganow gegenüber RIA Novosti.

Am Donnerstag traf sich Putin mit den Führern der Duma-Fraktionen, woran auch Sjuganow teilnahm.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0a/17/1755960302_0:63:2952:1724_1280x0_80_0_0_c62ab705a7b616645ede25cba28151be.jpg